

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Kein Einmarsch in den Nordirak – Politische Lösungen sind notwendig

Die Ereignisse in der Türkei in den letzten Wochen und Monaten haben die Öffentlichkeit weltweit und die deutsche Politik besonders beschäftigt. Wir sehen uns darin bestätigt, dass die EU-Perspektive in diesen turbulenten Tagen ein unverzichtbarer Anker für die weitere Demokratisierung der Türkei und den Frieden in der Region ist. Daher müssen wir die Türkei auf diesem Weg weiterhin konsequent und ehrlich unterstützen.

Die Entscheidung der Rot-Grünen Koalition, der Türkei die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft glaubwürdig zu öffnen, hat das Land in den letzten Jahren in die Lage versetzt, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch große Fortschritte zu machen. Ein modernes Zivilrecht, in dem die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesetzgebung gewährleistet wird, ein modernes Strafrecht, in dem auch Umweltkriminalität berücksichtigt wird, die Abschaffung der Todesstrafe und die Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe sind einige Beispiele, die ohne die EU-Perspektive kaum so schnell realisiert worden wären.

Doch muss die Türkei weiterhin an der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien für die EU-Mitgliedschaft arbeiten. Denn nach wie vor ist durch den Paragraphen 301 des Strafgesetzbuches die Meinungsfreiheit im Land eingeschränkt. Dieser Paragraph, der zahlreichen SchriftstellerInnen und JournalistInnen zum Verhängnis wird, muss daher grundlegend geändert bzw. abgeschafft werden. Auch muss die Türkei die Religionsfreiheit und Minderheitenrechte gewährleisten, was bislang bei weitem noch nicht in ausreichendem Maße der Fall ist.

Bereits heute unterhält die Türkei eine besondere Beziehung zur EU. In keinem anderen europäischen Land hat sich die Aufnahme in die EU so lange hingezogen: bereits 1963 wurde die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, doch erst 2005 wurden nach einem einstimmigen Beschluss der Mitgliedstaaten Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Vor diesem Hintergrund ist das Angebot einer "privilegierten Partnerschaft", das sowohl die CDU/CSU als auch der französische Staatspräsident Sarkozy anpreisen, nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen und soll de facto eigentlich nur dazu dienen, die Türkei aus der EU herauszuhalten. Eine solche Politik ist nicht nur heuchlerisch, sondern auch gefährlich. Denn die EU-Perspektive ist für die politische und ökonomische Stabilität der Türkei von besonderer Bedeutung, sie ist der wichtigste Katalysator für den demokratischen Wandel in der Türkei. Nur eine Türkei, die alle Kopenhagener Kriterien erfüllt, d.h.

demokratisch verfasst ist, Minderheiten respektiert, Frieden im Inneren und mit seinen Nachbarn hat, die Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie alle Rechte der Frauen im Alltag gewährleistet, kann Mitglied der Europäischen Union werden. Wir werden weiterhin dafür eintreten, dass die Türkei die politischen und ökonomischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt und zur demokratischen Brücke zwischen Europa und dem Mittleren Osten wird. Eine beitriffsreife Türkei, die Demokratie und islamische Prägung vereint, würde zugleich ein starkes Signal in die arabisch-muslimische Staaten und deren Zivilgesellschaften senden.

Die anhaltenden Kämpfe zwischen der PKK und der türkischen Armee machen sehr deutlich, dass die Krise nicht abgewendet ist und die militärische Intervention noch immer droht. Ein Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak wäre in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Damit würde außerdem der einzige relativ stabile und sichere Teil des Iraks destabilisiert werden - mit nicht absehbaren Folgen für eine ohnehin fragile Region.

Die Anschläge der PKK setzen die türkische Regierung massiv unter Zugzwang. Die Terrorakte der PKK haben unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer gefordert, in den letzten Wochen wurden über 100 Soldaten getötet. Der öffentliche Druck auf Ankara verstärkt sich nahezu täglich und nimmt in Teilen der Medien mitunter propagandistische und hetzerische Züge an. Die Türkei hat das Recht, den Terrorismus im Innern des Landes zu bekämpfen, um mörderische Terroranschläge zu verhindern und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die Reaktion der Türkei auf die terroristische Bedrohung durch die PKK muss jedoch rechtsstaatliche und völkerrechtliche Grundsätze beachten sowie von politischer Besonnenheit und Verantwortung geprägt sein.

Wir fordern die Türkei auf, von Überlegungen zu einem Einmarsch der Armee in den Nordirak Abstand zu nehmen und entschieden an einer politischen Lösung des Konflikts zu arbeiten. Zu diesem Zweck sollte sie auf umfassende Gespräche mit der irakischen Zentralmacht und der kurdischen Regionalverwaltung im Nordirak setzen, die selbst Ziel von Terroranschlägen sind.

Der aktuelle Konflikt offenbart, wie fragil nicht nur das außenpolitische, sondern auch das innenpolitische Gleichgewicht der Türkei ist. Eine große innenpolitische Herausforderung liegt in der Konfrontation zwischen den Kräften der alten Türkei aus Nationalisten, Militaristen und Teilen der Armee auf der einen Seite und den Kräften der neuen Türkei auf der anderen Seite, insbesondere dem Staatspräsidenten Gül und der pro-europäischen Regierungspartei AKP, die mit einem sehr umfangreichen Reformprogramm zur Wahl antrat und gerade in den kurdisch geprägten Gebieten große Erfolge erzielen konnte. Der gegenwärtige Konflikt hat leider das Potential, bereits erfolgte Fortschritte zu zerstören, eine Re-Ethnisierung zu befördern, die letztlich die Gewalt in der türkischen Innenpolitik wieder anfacht.

Die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses ist im eigenen Interesse der Türkei. Deshalb muss sie auf eine politische Antwort auf die Kurdenfrage setzen. Die auch von türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern kurdischer Herkunft gewählte Regierung von Ministerpräsident Erdogan hat die Pflicht, konkrete Schritte zur Anerkennung der legitimen Rechte der kurdischen Bevölkerung zu unternehmen. Zu diesem Zweck muss nicht nur die wirtschaftliche Lage der Menschen in den kurdisch geprägten Regionen verbessert werden, die unter dem langjährigen Konflikt gelitten haben. Auch muss Ankara

endlich die Diskriminierung der kurdischen Sprache in den Medien und im Bildungssystem beenden. Erste Schritte zur Legalisierung wurden zwar 2002 beschlossen, ihre Umsetzung etwa im Fernsehen wird durch Restriktionen jedoch ad absurdum geführt.

Der Antrag, die pro-kurdische Partei DTP zu verbieten, ist kontraproduktiv und verbaut den Weg zu einer politischen Lösung. Ein Parteiverbot würde die Türkei ebenso zurückwerfen wie ein militärisches Vorgehen. Beide Strategien sind bisher gescheitert und würden die Türkei in die innenpolitische Situation der 1990er Jahre zurückversetzen. Daraus muss die türkische Regierung ihre Lehren ziehen und die demokratischen Reformen trotz der momentan schwierigen Lage im Land weiter konsequent fortsetzen. Wir fordern die türkische Regierung auf, diese Schritte und die Suche nach politischen Lösungen zügig einzuleiten. Hierzu gehört auch, dass die Regierung und die pro-kurdische DTP konstruktiv zusammenarbeiten. Im türkischen Parlament sitzen neben der DTP zahlreiche weitere kurdischstämmige Abgeordnete, die in diesem Prozess hin zu einer multiethnischen Türkei, in der die Menschen in erster Linie als gleiche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen unterschiedlicher Herkunft wahrgenommen werden, eine wichtige Rolle spielen können.

Deutschland darf in dieser schwierigen Lage ebenfalls nicht untätig bleiben. Die Bundesregierung muss parallel zu diplomatischen Bemühungen für die baldige Beilegung des Konflikts im Nordirak Präsenz zeigen. Denn bislang gibt es im Nordirak keine konsularische Vertretung, keine Unterstützung beim wirtschaftlichen Aufbau, bei der Flüchtlingshilfe und bei Entwicklungsprojekten zum kulturellen Aufbau, obwohl enge persönliche Verbindungen zu Deutschland bestehen.